



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Sekretariat des Ausschusses
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Ausschussdrucksache 20(13)124c

unangeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 23. September 2024

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

„Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“

BT-Drs. 20/10384

Bündnis Nordrhein-Westfalen pro Nordisches Modell

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(federführend)

Berlin

per Mail an familienausschuss@bundestag.de

Düsseldorf, 28.08.2024

Stellungnahme zu dem Antrag "Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden - Sexkauf bestrafen" der Fraktion der CDU/CSU

Drucksache 20/10384

Als *Bündnis NRW pro Nordisches Modell* begrüßen wir den Antrag¹ und die vorgeschlagenen Maßnahmen der CDU/CSU-Fraktion vom 20.02.2024. Der Antrag folgt einer europaweit zu beobachtenden abolitionistischen Dynamik. Seit Schweden 1999 als erstes Land die Elemente des Nordischen Modells – auch Gleichstellungsmodell genannt – eingeführt hat, sind zahlreiche andere Länder wie Norwegen, Island, Nordirland, Frankreich und Irland gefolgt. Auch in Kanada und Israel ist das Nordische Modell in Kraft. Alle Länder können auf beachtliche Erfolge bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung verweisen.²

Im September 2023 bekräftigte und verstärkte das *Europäische Parlament* seine abolitionistische Position durch die Annahme der Noichl-Resolution, in der die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, alle Säulen des Nordischen Modells umzusetzen.³ Die Resolution wurde von der deutschen Sozialdemokratin Maria Noichl initiiert und erhielt schließlich eine parteiübergreifende Mehrheit.

¹ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/103/2010384.pdf>

² **Norwegen:** Rasmussen; Strøm; Sverdrup und Wøien Hansen (2014): Evaluering av forbudet mot kjøp av seksuelle tjenester. **Schweden:** Förbud mot köp av sexuell tjänst. En utvärdering 1999-2008 SOU 2010:49 <https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/statens-offentliga-utredningar/2010/07/sou-201049/>

Frankreich: Gervais et al (2020): Evaluation de la loi du 13 avril 2016 visant à renforcer la lutte contre le système prostitutionnel et à accompagner les personnes prostituées. <https://www.interieur.gouv.fr/Publications/Rapports-de-l-IGA/Rapports-recents/Evaluation-de-la-loi-du-13-avril-2016-visant-a-renforcer-la-lutte-contre-le-systeme-prostitutionnel-et-a-accompagner-les-personnes-prostituees>

Irland: Shifting the Burden of Criminality: An Analysis of the Irish Sex Trade in the Context of Prostitution Law Reform: https://www.ucd.ie/geary/static/serp/Shifting_the_Burden_Report.pdf

Überblick: Di Nicola (2021): The differing EU Member States' regulations on prostitution and their cross-border implications on women's rights. [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/IPOL_STU\(2021\)695394](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/IPOL_STU(2021)695394)

³ European Parliament: Report on the regulation of prostitution in the EU: its cross-border implications and impact on gender equality and women's rights. P9_TA(2023)0328, 14.09.2023.

In Deutschland ist die CDU/CSU die erste Fraktion im Bundestag, die sich einstimmig auf eine neue Gesetzgebung in der deutschen Prostitutionspolitik geeinigt hat. Doch auch in anderen Parteien mehren sich die Stimmen für eine Gesetzesänderung – besonders innerhalb der SPD. Die baden-württembergische SPD forderte bereits 2019 die Einführung des Nordischen Modells in Deutschland.

Die Umsetzung des Nordischen Modells steht im Einklang mit internationalen Verträgen und Standards zur Förderung der Rechte von Frauen und zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, insbesondere mit Artikel 6 des CEDAW-Übereinkommens, der Allgemeinen Empfehlung 38 des CEDAW-Ausschusses, Artikel 9 Absatz 5 des Palermo-Protokolls und der UN-Resolution vom 15. Dezember 2022.

Im Oktober dieses Jahres betonte die Sonderberichterstatterin der *Vereinten Nationen* für Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Reem Alsalem, in einer Stellungnahme zum französischen abolitionistischen Gesetz, dass die Staaten verpflichtet sind, die Nachfrage zu bekämpfen, die Menschenhandel und Ausbeutung fördert.⁴ Sie verwies ausdrücklich auf die Erfolge, die in Frankreich durch die Umsetzung des Nordischen Modells erzielt wurden, und stellte abschließend fest, dass es empirische Erkenntnisse gibt, die belegen, dass die Dekriminalisierung des Kaufs sexueller Handlungen die Situation der prostituierten Personen verschlechtert und die Menschenrechte grundlegend verletzt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die in Frankreich gesetzlich vorgesehene Bestrafung von Freiern in einem Urteil vom 25.07.2024 bestätigt. Das Gesetz verstößt nicht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

Im Rahmen der 56. Sitzung des Menschenrechtsrats der *Vereinten Nationen* am 21. und 24. Juni 2024 legte die Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Reem Alsalem, ihren *Bericht über Prostitution und Gewalt gegen Frauen und Mädchen*⁵ vor. Der Bericht verdeutlicht das globale Ausmaß der Gewalt gegen Frauen durch das System Prostitution und appelliert an die Mitgliedsstaaten, Prostitution als eklatante Menschenrechtsverletzung anzuerkennen. Es solle eine Gesetzgebung ergriffen werden, die prostituierten Frauen Unterstützung und Hilfe zusichert, während der Kauf sexueller Handlungen sowie alle Formen der Zuhälterei generell kriminalisiert werden. Die Sonderberichterstatterin untersucht in ihrem Bericht auch verschiedene Gesetzesmodelle zu Prostitution. **Auch Deutschland wird mit seinem Ansatz eines legalisierten und regulierten Prostitutionsmarktes im Bericht erwähnt. Staaten mit einer solchen Gesetzgebung würden durch auferlegte Steuern von der Prostitution von Frauen profitierten und so selbst zu einem „Zuhälterstaat“⁶ werden, konstatiert der Bericht.** In Deutschland wird die Prostitution als legales Gewerbe und Dienstleistung definiert und somit fallen Steuern an. Die meisten prostituierten Frauen sind jedoch fremdbestimmt oder stehen unter Zwang. Auf dem Papier werden sie aber wie eine selbstständige Dienstleisterin behandelt. Das bedeutet, dass der Staat derzeit unweigerlich in finanzieller Hinsicht an diesem Missstand mitverdient. Die Sonderberichterstatterin empfiehlt allen Mitgliedsstaaten der *Vereinten Nationen* im Bericht daher die „Verabschiedung des Rechtsrahmens zur Abschaffung der Prostitution und seiner fünf Säulen, einschließlich der Entkriminalisierung von Frauen in der Prostitution, der Bereitstellung umfassender Unterstützung und Ausstiegsmöglichkeiten, der Kriminalisierung des Kaufs sexueller Handlungen, der Kriminalisierung aller

⁴ United Nations Special Rapporteur on violence against women and girls: Statement French Law 2016-444 - Strengthening the Fight Against the Prostitution System and Providing Support for Prostituted Persons in France, 27.10.23.
<https://www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-violence-against-women>

⁵ <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session56/A-HRC-56-48-Unofficial-German-Translation.pdf>

⁶ Ebd., S. 11

Formen der Zuhälterei und der Durchführung von Sensibilisierungskampagnen für Käufer sexueller Handlungen⁷.

Auch die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) erklärt seit Jahren, dass die Kriminalisierung der Nachfrage nach Prostitution ein wirksames Instrument zur Bekämpfung des Menschenhandels ist.⁸ **In Bezug auf Deutschland hat die OSZE im vergangenen Jahr festgestellt, dass die hiesige Gesetzgebung keinen ausreichenden Schutz für vulnerable Personen in der Prostitution bietet und damit auch die Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels untergräbt.**⁹

Der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist daher ein wichtiger Schritt in Richtung einer frauenrechtsorientierten Gesetzgebung zu Prostitution und ein hervorragender Fortschritt im Kampf gegen den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. Auch die vielen Stimmen, die innerhalb der SPD auf ein Umdenken pochen, deuten einen Paradigmenwechsel an.

Das *Bündnis Nordrhein-Westfalen pro Nordisches Modell*¹⁰ besteht aus unterschiedlichen Vereinen, Initiativen sowie Einzelpersonen, die haupt- oder ehrenamtlich mit Betroffenen in der Prostitution arbeiten, sich für ein Umdenken in der Prostitutionspolitik und für die Einführung der unterschiedlichen Elemente des Nordischen Modells engagieren. Wir sind parteipolitisch und konfessionell unabhängig.

Definition Prostitution: In der Prostitution wird der sexuelle Übergriff des Sexkäufer durch geldliche oder unentgeltliche Mittel legalisiert. Der Sexkäufer kauft sich frei und erkaufte sich den sexuellen Zugang zu einem anderen Menschen. Menschen in der Prostitution wollen nicht den Sex, sondern nur das Geld. Konsensuale Geschlechtsverkehr ist kostenlos.



Unsere Forderungen

Wir fordern eine fortschrittliche Prostitutionspolitik im Sinne der universellen Menschenrechte:

- 1 Entkriminalisierung von prostituierten Menschen - in der Regel sind das Frauen
- 2 Kriminalisierung und wirksame Strafverfolgung aller Profiteure: Freier, Zuhälter, "Loverboys", Bordellbetreibende, Menschenhändler
- 3 Kommunale und flächendeckende Ausstiegshilfen, Schutz und Unterstützung
- 4 Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit durch antisexistische Erziehung und Prävention mit dem Ziel eines gesellschaftlichen Umdenkens

⁷ Ebd., S. 19

⁸ OSCE 2021: Discouraging the demand that fosters trafficking for the purpose of sexual exploitation.
<https://www.osce.org/cthb/489388>

⁹ OSCE 2022: Opinion on Acts of Germany on Prostitution Trafficking in Human Beings.
<https://onedrive.live.com/?authkey=%21AK1ZUWyxT0oDjU&id=27813F762ED6DE5F%21132&cid=27813F762ED6DE5F&parId=root&parQt=sharedby&parCid=UnAuth&o=OneUp>

¹⁰ <https://nrw-pro-nordischesmodell.de/>